Schuldenautomatismus in Lateinamerika : Thesen zur Kritik am Internationalen Weltwährungsfonds (IWF)

Autor(en): **Hinkelammert, Franz J.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652650

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

II. Internationale Verschuldung: unter dem Diktat des IWF

Franz J. Hinkelammert

Schuldenautomatismus in Lateinamerika

Thesen zur Kritik am Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) *

Die folgenden Thesen sollen zeigen, dass der IWF, so wie er heute existiert, eine Interessenvertretung mächtiger Minderheiten, insbesondere der Privatbanken und der Regierungen der zentralen kapitalistischen Länder ist, und seinen Aufgaben in keiner Weise gerecht wird. Es ist daher nötig, eine neue, unabhängige internationale Finanzbehörde zu schaffen, die in der Lage ist, die Interessen der Weltwirtschaft gegenüber kleinen mächtigen Gruppen und allen Ländern gegenüber durchzusetzen oder zumindest zum Ausdruck zu bringen. Ich gehe dabei insbesondere von der Situation Lateinamerikas aus.

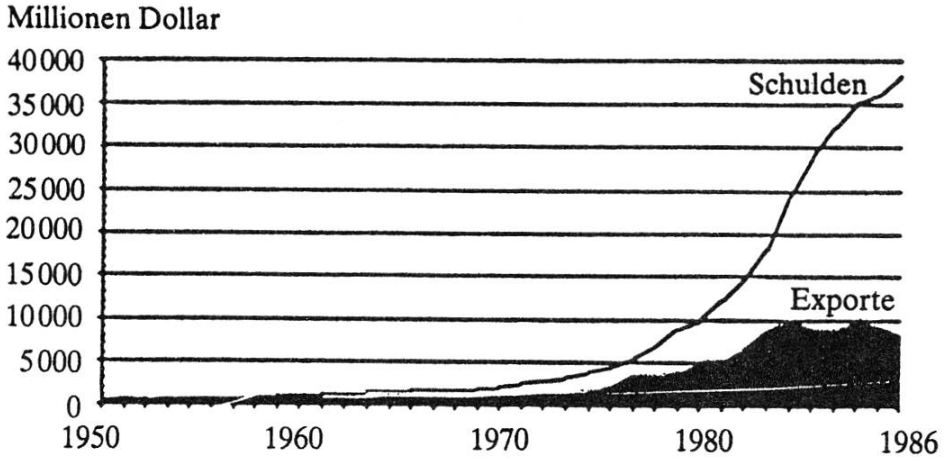
I. Die heutige Schuldenkrise Lateinamerikas und weitgehend auch der Dritten Welt überhaupt ist eine Krise der Beteiligung des Auslandskapitals an der Entwicklung der Länder Lateinamerikas. *Das Auslandkapital strangu-liert heute die Entwicklung* und zwingt irrationale Tendenzen auf. Die Denationalisierung entpuppt sich als Strangulierung. Die einzige Nettoinvestition in Lateinamerika ist das erste Schiff von Kolumbus gewesen. Das zweite Schiff wurde bereits durch die Gewinne bezahlt, die die erste Reise hinterlassen hatte.

Die Kosten des Auslandskapitals sind immer höher gewesen als sein Beitrag. Die transferierten Gewinne des Auslandskapitals haben immer – mit ganz wenigen Ausnahmen – die Neuzuflüsse an Auslandskapital übertroffen. Die sogenannte Wirtschaftshilfe gibt einen völlig falschen Eindruck von dem, was geschieht. Man zieht den Entwicklungsländern 100 Mark aus der einen Tasche und steckt in die andere 20 Mark wieder herein. Unterm Strich hat man also 80 Mark herausgezogen. Man spricht aber nur von den 20 Mark, die man ihnen in die Tasche steckt und nennt diese „Wirtschaftshilfe". Von den 100 Mark, die man aus der andern Tasche herausgezogen hat, spricht man nicht. Die Bevölkerungen der Gläubigerländer wissen davon gar nichts. Folglich fragen sie immerfort, wieso denn die Entwicklungsländer so schlecht wirtschaften.

Die heutige Auslandsschuld Lateinamerikas entsteht seit dem 2. Weltkrieg, nicht erst in den 70er Jahren. Bereits zu Beginn der 70er Jahre war die Verschuldung an der Grenze der Unzahlbarkeit. Die Schulden Lateinameri-

kas machen 1970 fast das Doppelte der Güterexporte aus. Von 1972 an steigen dann die Güterexporte schneller als die Schulden. Aber 1976 sind die Schulden wieder etwa doppelt so hoch wie die Güterexporte, während sie 1982 etwas mehr als das Dreifache der Exporte und 1986 etwa das Vierfache betrugen. Die Verschuldung ist in den 50er und 60er Jahren fast ausschliesslich das Ergebnis der Gewinntransfers des Auslandskapitals in Lateinamerika, was bei tendenziell ausgeglichener Handelsbilanz durch Kredite finanziert wird. Erst in den 70er Jahren spielen andere Faktoren eine grössere Rolle, insbesondere die Korruption des internationalen Finanzsystems und, zeitweise, Handelsbilanzprobleme. Aber das Handelsbilanzdefizit, das sich zwischen 1974 und 1981 ergab, ist immer noch kleiner als die durch die Militärapparate in Zusammenarbeit mit den Gläubigerländern erzwungenen Waffenkäufe.

Lateinamerikas Auslandsschulden und Exporte (1950–1986)



Der IWF hat nicht eine einzige sorgfältige Untersuchung vorgelegt, die alle diese Gründe in Betracht zöge. Vor allem ist er völlig unfähig, ein objektives Urteil über die Rolle des Auslandskapitals abzugeben. Er *ist* das Auslandkapital. Die heutige Schuldenkrise ist bereits Ende der 60er Jahre klar sichtbar und vorhersehbar. Der IWF hat nicht einmal gewarnt, um die Form zu wahren. 1978 hat er erstmals von einer möglichen Schuldenkrise gesprochen, als völlig klar war, dass es zu spät war.

II. Die Schulden aus Spekulation sind ein Produkt der *Korruption des internationalen Finanzsystems unter Beteiligung lateinamerikanischer Eliten.* Wenn man heute die Korruption der lateinamerikanischen Eliten anklagt, so vergisst man, dass zu jeder Korruption zwei gehören. Einer, der zur Korruption auffordert, und einer, der die Korruptionsgelder annimmt. Gewöhnlich teilen sich beide die Korruptionsgewinne. Die Gläubigerbanken sind der wichtigere Teil der Korruption. Das ist wie im Lockheed-Skandal: Lockheed

ist korrupt, weil es zahlt, andere sind korrupt, weil sie annehmen. Den Gewinn machen beide, aber der Gewinn von Lockheed ist grösser. Die Korruptionsgewinne der Korruption des internationalen Finanzsystems sind heute Teil der Auslandsschuld Lateinamerikas; in Argentinien und Venezuela sind sie fast für die gesamte Auslandsschuld verantwortlich, in Chile etwa für die Hälfte.

Die Korruption war in den 70er Jahren offensichtlich. Wirtschaftsminister und Zentralbankpräsidenten haben sich daran beteiligt. Das wusste alle Welt, nur der IWF hat nichts gesehen. Es war seine elementare Pflicht, hier einzuschreiten. Stattdessen hat er sich darum gekümmert, Subventionen für Nahrungsmittel und öffentliche Verkehrsmittel zu streichen.

Wenn ein Finanzinspektor eine Steuerhinterziehung nicht sieht, selbst wenn er mit der Nase daraufstösst, dann vermuten wir, dass er selbst daran beteiligt ist. Wenn der IWF solche Korruption nicht sieht, obwohl er mit der Nase daraufstösst, was vermuten wir dann?

III. Im Mai 1979, zwei Monate vor dem Sieg der Sandinisten, gab der IWF einen Stand-By Kredit von etwa 60 Millionen Dollar an Nicaragua. Davon waren nach dem Sieg nur noch 3,5 Millionen auffindbar. Es handelte sich wahrscheinlich um eine Frühfinanzierung der Contra. Nur die Somozisten und der IWF können wissen, wohin das Geld geflossen ist. Aber sie werden es nicht sagen. Es ist aber darauf Teil der Auslandsschuld von Nicaragua geworden. *Sie ist künstlich fabriziert, aber wird real kassiert.* Auf rechtlichem Wege kann man dagegen nicht vorgehen, da der IWF offensichtlich keinem Recht unterliegt. Wo kein Richter ist, da ist auch kein Henker.

IV. *Die spekulative Kapitalflucht, die wahrscheinlich den grössten Teil der Kapitalflucht überhaupt ausmacht, ist illegal und durch Gesetzesverletzungen zustande gekommen.* Keine Wirtschaftspolitik ist vorstellbar, die diese Gelder zurückbringen könnte. Weder wird Marcos seine Gelder auf die Philippinen zurückbringen, noch werden Somozas Gelder nach Nicaragua zurückkehren. Es gibt kein internationales Rechtssystem, das verbindlich in der Lage wäre, diese Art von Raub zu unterbinden oder zu verfolgen. Die Banken erweisen sich als Hehler, die das Ergebnis der Korruption und der Unterschlagung vertuschen, aufbewahren und für ihre eigenen Geschäfte nutzen. Sie sichern die Gewinne aus den Gesetzesverletzungen. Und der Hehler ist so schlecht wie der Stehler.

V. *Das neue Mittel zur Schuldenbezahlung sind die sogenannten Swaps:* Equity Swaps, Swaps for Nature, Charity Swaps. Die Swaps for Nature und die Charity Swaps sind einfach Kauf von Legitimität. Den Swaps for Nature folgten die Swaps für Giftmüllablage, für Anti-Natur, für Naturzerstörung. Die Swaps sind Konvertierung oder Umwandlung des Teils der Schulden, der in Devisen nicht zahlbar ist. Er wird in nationaler Währung zahlbar gemacht, indem man den Gegenwert der nicht überweisbaren Zinsverpflichtungen den Regierungen in nationaler Währung abverlangt und damit die

Länder aufkauft. Man kann alles aufkaufen, was man will – bis alles aufgekauft ist. Den Gläubigern gehört alles, der Verkauf von ganz Lateinamerika reicht nicht, um die Schulden zu zahlen. Und man ist jetzt dabei, alles aufzukaufen. Hat man alles, aber auch alles, aufgekauft, bleibt die Schuld bestehen, und bleibt unbezahlbar, und Lateinamerika muss weiterhin das mögliche Maximum an Devisen durch Überschüsse der Handelsbilanz abführen, und das per saecula saeculorum.

VI. Der *Marshall-Plan* begann mit dem Nachlass der Schulden (dies führte zum Londoner Schuldenabkommen 1952). Die als Marshall-Plan bezeichnete Finanzhilfe ging über den Schuldennachlass hinaus, baut aber auf ihm auf. Ohne den Schuldenerlass führt die Finanzhilfe einfach zur Schuldenzahlung auf Kredit. Die Finanzhilfe fliesst zurück und wird zu einer Hilfe für die Banken des angeblich helfenden Landes oder ist nur Kapitalisierung nicht-zahlbarer Zinsen oder Amortisationen. Wollte man wirklich Lateinamerika helfen, müsste man etwas Ähnliches tun, wie man es nach dem 2. Weltkrieg in Europa getan hat. Darüber hinaus wären entsprechende lateinamerikanische Institutionen zu schaffen, insbesondere solche, die denen der heutigen EG entsprechen, aber den speziellen Situationen angepasst sind. Andernfalls wiederholt sich die Verschuldung nur. Man müsste dann aber die Tätigkeit des Auslandskapitals beschränken.

Da die Gläubigerländer nach dem 2. Weltkrieg wussten, dass es ohne Schuldenerlass keine Entwicklung gibt, sollten sie es heute auch noch wissen. Da sie aber so tun, als wüssten sie es nicht, kann man annehmen, dass sie die Zerstörung der Entwicklung, die die Schuldenzahlung verursacht, auch wollen. Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass *die Zerstörung der Entwicklung der Dritten Welt Absicht der entwickelten kapitalistischen Länder ist.*

VII. *Hätte Lateinamerika weder direkte Auslandsinvestitionen noch Kredite bekommen, stünde es heute besser da.* Japan hat sich ohne Auslandskapital entwickelt, ebenso die nordeuropäischen Länder (die 1930 ein Pro-Kopf-Produkt niedriger als Spanien hatten, auf dem Niveau Irlands). Produktionen, die das Auslandskapital beherrscht, können nur sehr beschränkt auf dem internationalen Markt auftauchen, da jeweils das Ausland als Eigentümer der Produktionsstätten darüber entscheidet, was exportiert werden darf und was nicht. So haben weder Brasilien noch Mexiko frei exportierende Automobilfabriken, obwohl sie eine grosse, aber in Händen des Auslandskapitals befindliche Automobilproduktion haben. Japan konnte frei exportieren, weil es eine eigene Produktion aufbaute, Brasilien aber nicht, weil es die Produktion dem Auslandskapital übergeben hat. Das Gleiche im Fall von Hyundai in Südkorea. Lateinamerika kann nur frei Rohstoffe exportieren, in der Manufaktur ist es weitgehend durch das Auslandskapital gebunden. Hätte Japan seine Automobilproduktion dem Auslandskapital überlassen, gäbe es heute keine japanischen Automobile auf dem Weltmarkt.

Dies verhindert die mögliche Entwicklung schöpferischer Initiativen der-

jenigen Länder, die dem Auslandskapital die Funktion ihrer Entwicklung anvertrauen. Das Auslandskapital orientiert die Produktion auf den inneren Markt, lässt aber eine unabhängige Konkurrenz auf den internationalen Märkten nicht zu. Ebenso verhindert es die technologische Entwicklung dieser Länder, da es monopolistisch bestimmen kann, welche Technologien in diesen Ländern überhaupt entwickelt werden sollen. Diese Strangulierung durch das Auslandskapital hat zur Folge, dass die wesentlichen Exportmöglichkeiten des Kontinents auf Rohstoffexporte beschränkt sind. Werden diese extrem erhöht, führt dies zu extremer Naturzerstörung, wie wir sie heute beobachten können (Brasilien). Die Exporte exportieren zerstörte Natur, die unwiederbringlich ist.

Damit *zerstört das Auslandskapital jede Möglichkeit einer optimalen Ressourcenallokation (Wirtschaftsrechnung)*, selbst wenn man diese als reine Markt- und Wettbewerbsrechnung auffasst, wie dies ja der IWF tut. Das Auslandskapital unterdrückt die Möglichkeit Lateinamerikas, in den internationalen Wettbewerb einzutreten. Dieser wird unterbunden, da das Auslandskapital die Märkte bestimmt, auf denen die Produkte von Lateinamerika überhaupt verkauft werden können, sowie die Technologien, die in den abhängigen Ländern entwickelt werden sollen. Die internationale Arbeitsteilung wird durch das Auslandskapital wirtschaftlich irrational gemacht.

Das Gleiche gilt für die internationalen Zinsmärkte. Ihre irrationalen Schwankungen und wirtschaftlich unvernünftigen realen Zinssätze ermöglichen keine rationale Ressourcenallokation und zerstören die internationale Arbeitsteilung ebenfalls. Der IWF hat nie eine Analyse dieser Allokationsprobleme gemacht, sondern immer nur neoklassische Dogmen nachgebetet.

VIII. Es gibt *keine internationale Rechtsordnung.* Die USA haben 1986 den Internationalen Gerichtshof von Den Haag für nicht zuständig erklärt. (Das Urteil fiel am 26.Juni 1986.) Jetzt steht ein Urteil über den Schadenersatz an, die USA haben wiederum erklärt, ihre Verpflichtungen nicht anerkennen zu wollen. Die Rechtsgrundlagen für den internationalen Zahlungsverkehr fallen weg. Die USA wollen Rechtsgrundsätze für sich gegen andere ausnutzen, sie aber nicht für sich selbst gelten lassen.

Und der IWF erklärt sich für nicht zuständig.

IX. *Marktgesetze werden als absolutes Geschichtsgesetz ausgegeben.* Alle Völkermorde dieses Jahrhunderts wurden im Namen von absoluten Geschichtsgesetzen begangen. Es handelt sich um Geschichtsgesetze, die die Rationalität und die Wissenschaftlichkeit beanspruchen. Geschichtsgesetze, die ohne Rücksicht auf die Opfer durchgesetzt werden müssen und deren Durchsetzung letztlich im Vorteil der Opfer selbst liegt. Dies ermöglicht die völlige Gewissenslosigkeit des Handelns. Die gegenwärtige Form des sich durchsetzenden Geschichtsgesetzes als absolutes Marktgesetz enthält den gleichen Formalismus wie die vergangene des Stalinismus und des Nazismus; diese behauptet nur, dass das wahre Geschichtsgesetz eben das Marktgesetz ist. Die vergangenen Gesetze waren falsch, weil sie nicht wissenschaftlich

waren, obwohl sie das behaupteten. Das jetzige Geschichtsgesetz ist endlich das wahre, in dessen Namen ohne Rücksicht auf die Opfer vorgegangen werden kann.

X. *Würde heute die Hälfte der Schulden Lateinamerikas nachgelassen, wäre das ein Vorteil der Banken, die ihre dubiosen Kredite abschreiben könnten, es würde aber an der Situation Lateinamerikas überhaupt nichts ändern.* Mit eigenem Transfer durch positiven Handelsbilanzsaldo bezahlt Lateinamerika ja nur die Hälfte seiner Zinsverpflichtungen, obwohl mit aller Gewalt herausgeholt wird, was zu holen ist. Die restlichen Zinsverpflichtungen werden kapitalisiert, was zum *automatischen Anstieg der Gesamtschuld* führt. Alle drei Jahre zahlt Lateinamerika einen ganzen Marshallplan, aber es müsste allein an Zinsen zwei bezahlen. Folglich steigt die Auslandsschuld alle drei Jahre um einen ganzen Marshallplan an. Die Schuld steigt nicht an, weil die Banken Kredit geben. Sie steigt an, weil die fälligen Zinsen unzahlbar sind, selbst mit 100 Pinochets mehr würden sie nicht zahlbar werden. Die nicht zahlbaren Zinsen führen folglich durch Kapitalisierung zum Schuldenanstieg. Die Banken behaupten, dass dies ein Kredit sei zugunsten von Lateinamerika. Aber diese Kredite geben sie, weil die Schulden steigen. Es sind nicht Kredite, die den Schuldenanstieg erklären. Würden sie keine Kredite dieser Art geben, stiegen die Schulden ebenfalls an. Es handelt sich um einen *Automatismus.*

Ein möglicher Schuldennachlass, um überhaupt irgendeinen positiven Effekt zu haben, muss mehr als die Hälfte der heutigen Auslandsschuld erfassen.

Man kann Schulden nur so eintreiben, dass und solange die arme Bevölkerung sie bezahlt. Die Bezieher hoher Einkommen und die Militärapparate müssen ja die Schulden eintreiben (Militär und Polizei, Banken und Exportwirtschaft), weil sie von ihnen abhängen. Man muss ihre Einkommen sogar erhöhen, da sie anderenfalls auf die Idee kommen würden, dass die Schuldenzahlung ungerecht sein könnte.

XI. *Die Unzahlbarkeit der Auslandsschuld ist kein Triumph der Schuldnerländer, sondern ihre absolute Niederlage.* Wer seine Schulden bezahlen kann, ist ein freier Mensch. Wer sie nicht bezahlen kann, hat seine Freiheit, und die seiner Kinder und Kindeskinder, verloren. Der Wucher beruht darauf, eine unzahlbare Schuld zu erzeugen, nicht eine zahlbare. Die unzahlbare Schuld ermöglicht, den Schuldner absolut dem Willen des Gläubigers zu unterwerfen. In seinen normalen Beziehungen beruht das Bankensystem darauf, zahlbare Kredite zu geben. Das ist nicht problematisch. Es verwandelt sich in Wucher, wenn es zu Schulden führt, die unzahlbar sind: Es geht nicht darum, ob das mit Absicht geschehen ist. Als es so weit war, hat man die Unzahlbarkeit benutzt, um die absolute Abhängigkeit überall zu erzeugen und auszunutzen, wo dies möglich war, in Lateinamerika, praktisch in allen Ländern. Diese Ausnutzung wird als absolutes Geschichtsgesetz ausgegeben, das nun seine Opfer fordert und das selbst den Völkermord rechtfer-

tigt. Heute haben die Schuldnerländer keine Selbstbestimmung mehr und keine Aussicht, je wieder frei zu werden. Unter diesem Aspekt ist es völlig irrelevant, ob die Schuld legitim ist oder nicht. Auch eine legitime Schuld rechtfertigt diesen Völkermord nicht.

Die Strukturanpassung, die der IWF aufzwingt, verwandelt die Länder Lateinamerikas in Schuldenbezahlungswirtschaften ohne jedes Entwicklungsprojekt. Da sie die Strangulierung der Exporte Lateinamerikas nicht in Betracht zieht, reduziert sie ausserdem Lateinamerika weitgehend darauf, Rohstoffe und Nahrungsmittel zu exportieren. Eine Analyse der tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten findet nicht statt. Der IWF sagt über alle Länder immer nur dasselbe, seine Berichte sind wie Gebetsmühlen.

XII. *Der IWF hat eine Politik gemacht, die den Bankrott abschafft.* Er hat dies getan, indem er, insbesondere ab 1982, die Regierungen der Länder Lateinamerikas zwang, alle privaten Schulden in öffentliche Schulden und damit in Kollektivschulden umzuwandeln. Es handelte sich um etwa 2/3 der Gesamtschulden zu diesem Zeitpunkt. Private Schuldverträge zwischen Privatunternehmern Lateinamerikas und Privatunternehmern der Gläubigerländer wurden in öffentliche Schuldverträge zwischen den Regierungen von Lateinamerika und Privatunternehmen im Ausland umgewandelt. Die privaten Schulden, die einige gemacht haben, wurden zu Schulden von allen. Privatschulden wurden zu Kollektivschulden, und schliesslich zur Kollektivschuld, für die Millionen von Menschenleben zu zahlen sind. Es handelt sich um eine gigantische Staatssubvention für die Privatbanken der Gläubigerländer. Diese Massnahme findet auf Druck des IWF statt. Sie widerspricht all seinen Erklärungen gegen Staatssubventionen. Während kleine Subventionen sozialer Art bekämpft werden, werden die Staaten Lateinamerikas zu gigantischen Subventionen an das Finanzsystem gezwungen. (In dieser Zeit auch in den USA: Subventionierung der US-Bank Continental Illinois mit 4 Milliarden Dollar.)

Die öffentliche Meinung der Gläubigerländer wurde insbesondere durch denjenigen Teil der heutigen Auslandsschulden, die aus der Bankenkorruption hervorgingen, auf den Gesichtspunkt der Kollektivschuld hin programmiert. Es handelt sich um eine Korruption, an der die Banken zusammen mit nationalen Eliten der Länder Lateinamerikas beteiligt waren und die möglicherweise bis zu 25% der heutigen Auslandsschulden ausmacht. Es handelte sich dabei um Eliten, die vor allem durch die von den heutigen Gläubigerländern unterstützten totalitären Regimes der Nationalen Sicherheit zu absoluter Macht gekommen waren. Als die Privatschulden in kollektive Schulden umgewandelt wurden, verwandelte unsere öffentliche Meinung die Privatschuld dieser Korruption in eine Kollektivschuld Lateinamerikas, sodass die ungeheuren menschlichen Leiden, die durch die Schuldeneintreibung verursacht werden, als scheinbar gerechte Strafe für diese fabrizierte Kollektivschuld der Korruption gelten.

Für Kollektivschulden kennt unsere Gesellschaft keinen Bankrott, in alle Ewigkeit müssen sie bezahlt werden. Privatschulden hingegen erledigen sich

durch Unzahlbarkeit, wie dies etwa anfangs der 80er Jahre im Fall des Zusammenbruchs der AEG (Elektrokonzern, heute bei Mercedes) in der Bundesrepublik Deutschland stattfand. Die Schulden der AEG wurden auch nicht zu Kollektivschulden gemacht, die von allen zu bezahlen sind. Warum eine solche Barbarei in Lateinamerika?

Die Möglichkeit des Bankrotts ist die Grenze, die unbegrenzte, unzahlbare Schulden verhindert. Der Bankrott begrenzt die Schuld auf die Person des Schuldners. Die Unmöglichkeit des Bankrotts dehnt die Schuldnersituation auf Kinder und Kindeskinder aus, schafft das absolute Ausgeliefertsein. Der IWF hat diese Situation Lateinamerika aufgezwungen. Das ist nicht einmal wilder Kapitalismus, sondern verwilderter Kapitalismus. Es ist die Politik, die den Regierungen der Schuldnerländer aufzwang, die Privatschulden in öffentliche Schulden zu verwandeln.

Die andere Grenze jeder Schuldverpflichtung ist das Existenzminimum des Schuldners. Im Innern der kapitalistischen Länder wird heute im allgemeinen diese Grenze respektiert. Niemand darf zum Hunger verurteilt werden, um seine Schulden zu bezahlen; der Gläubiger kann dem Schuldner nicht das Existenzminimum abnehmen. Man nimmt hingegen dem Hungernden das letzte Stück Brot weg, das ihm bleibt. Nicht einmal um es zu essen, sondern um es den Schweinen vorzuwerfen, die man dann in den Vorräten der EG verrotten lässt.

Im Namen eines Geschichtsgesetzes, das ohne Rücksicht auf die Opfer durchgesetzt werden muss, begehen wir Völker- und Naturmord. Aber man gibt ihn als soziale Gerechtigkeit aus.

So wird von seiten des IWF behauptet: „Die Wirkung der Steuermassnahmen, die sich, zum Beispiel, auf die Einkommenssteuer beziehen, die die Steuerabzüge der Gruppen mit niedrigen Einkommen erhöhen, aber die Abzüge für die höheren Einkommen senken, schlägt zum Vorteil der Schichten der Armen aus." (Untersuchung des IMF: Adjustment Programs for Poverty: Experiences in Selected Countries. Nr.58, Occasional Papers. Nach Boletin del FMI, 6.6.1988 p.164)

Ich möchte dazu als Kommentar Dietrich Bonhoeffer zitieren: „Besser als die Wahrheit im Munde des Lügners ist noch die Lüge, besser als die Tat der Bruderliebe des Menschenfeindes ist der Hass...

Dass das Böse in Gestalt des Lichtes, der Wohltat, ... der Erneuerung, dass es in der Gestalt des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten erscheint, ist für den schlicht Erkennenden eine klare Bestätigung seiner abgründigen Bosheit". (Dietrich Bonhoeffer, Bohnhoeffer-Auswahl, München 1970, Bd.4, S.81)

Dies ist das Wort eines grossen Deutschen, der gegen ein solches Geschichtsgesetz gekämpft hat und zum Märtyrer wurde. Wir haben allen Grund, diesen Kampf wieder aufzunehmen und uns nicht damit zu beruhigen, dass es ja diesmal um das Schicksal anderer Länder geht. Das Schicksal, das wir heute anderen Ländern bereiten, wird unser Schicksal werden.

Fazit: Die Politik des IWF verletzt nicht nur seine eigenen Statute, sie verletzt auch die elementaren Normen des zwischenmenschlichen, sozialen Zu-

sammenlebens. Der IWF behauptet, der Hüter des Finanzsystems zu sein, während er nur der Repräsentant einer Minderheit – die allerdings die Macht hat – in der Weltfinanz ist.

* Es handelt sich um Thesen, die F.J.Hinkelammert auf dem Internationalen Gegenkongress am 23./24.9.1988 in West-Berlin vorgetragen hat. Zu den Ausführungen der Argumente, die hier thesenhaft zusammengefasst sind, siehe jetzt: Der Schuldenautomatismus. Wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Zugänge zur Verschuldung Lateinamerikas. In: „... in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen". Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise von K.Füssel, F.J.Hinkelammert, M.Mugglin, R.Vidales. Exodus Verlag, Fribourg/Brig 1989.

Oscar-René Vargas

Die Auslandverschuldung Zentralamerikas *

In den 80er Jahren brach die krisenhafte Verschuldung der Dritten Welt und Lateinamerikas voll auf. Die zentralen kapitalistischen Länder begannen die Schulden einzustreichen, die sich seit den 50er Jahren angehäuft hatten. Damit wurden jegliche Entwicklungsperspektiven für die Dritte Welt zurückgestellt und die einzelnen Länder erneut in einfache Ausbeutungsobjekte zugunsten der zentralen kapitalistischen Länder zurückversetzt.

Das Schuldenproblem setzt nicht erst in den 70er Jahren ein, sondern bereits in den 50er. Um 1950 entsprach die Auslandverschuldung Lateinamerikas ungefähr einem Drittel seiner Warenausfuhren. 1960 betrug die Auslandschuld das 1,34-fache der Ausfuhren, und 1984 war sie bereits auf das 3,5-fache angestiegen. Seit 1982 nun fordern die kapitalistischen Länder die Bezahlung der Schulden, und Lateinamerika begann mittels positiver Handelsbilanzen, Überschüsse in die zentralen kapitalistischen Länder zu überweisen. Zwischen 1982 und 1986 betrug die Schuldenrückzahlung etwa 110 Milliarden Dollar. Trotz dieses gigantischen Transfers nahm die Verschuldung im gleichen Zeitraum von 288 auf 382 Milliarden Dollar zu. Was bedeutet dies?

Der Marshall-Plan für Europa von 1948 – 1951 umfasste damals 14 Milliarden Dollar, was heute ungefähr 70 – 80 Milliarden Dollar entsprechen würde. Das heisst also, dass zwischen 1982 und 1986 Lateinamerika Überschüsse im Werte von eineinhalb Marshall-Plänen in die zentralen kapitalistischen Länder transferierte. Oder anders gesagt, alle drei Jahre finanziert Lateinamerika diesen Ländern einen vollen Marshall- Plan.

Obwohl Lateinamerika 110 Milliarden Dollar bezahlt hat, nahm die Auslandverschuldung um 94 Milliarden Dollar zu. Somit konnte nicht einmal die